



Russischer Angriffskrieg: Folgen unzureichender Anstrengungen

Dr. Klaus Olshausen

Juli 2023

Zusammenfassung

Jeder politische Zweck, der mit unzureichenden Anstrengungen verfolgt wird, kann nur schwer oder im ungünstigen Fall gar nicht erreicht werden. An dem politischen Zweck des „Westens“, die politische Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine wiederherzustellen und Russlands imperialen Vorstöße zu stoppen, kann dies exemplarisch festgestellt werden. Weder ist die Unterstützung des Abwehrkampfes und der Gegenoffensive auch nur ausreichend, noch wird zu Sicherheitsgarantien und v.a. NATO-Beitritt der Ukraine eine überzeugende, gemeinsame Position vertreten. Beides spielt dem Aggressor in die Hände. Unzureichende Unterstützung gefährdet den Erfolg der Ukraine und keine Einladung in die NATO mit Hinweis auf den Krieg, ist für Putin nur Ansporn, den Krieg lange fortzusetzen.

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Zurzeit kann man auf zwei Ebenen oder in zwei Bereichen erkennen, welche Auswirkungen entstehen, wenn die eigenen politischen Zwecke in diesem brutalen russischen Angriffskrieg mit unzureichenden Anstrengungen unterstützt werden. Noch gilt für die EU- und NATO-Staaten in der Auseinandersetzung mit dem imperialen Russland und der Unterstützung der Ukraine in ihrem Überlebenskampf der politische Zweck, der regelbasierten internationalen Ordnung mit Selbstbestimmung der Völker/Nationen, Souveränität und territorialer Integrität der Staaten wieder Geltung zu verschaffen. Zwei Themen erzielen in diesen Tagen besondere Aufmerksamkeit: Erstens die begonnene Gegenoffensive der Ukraine im Südosten des Landes und zweitens die Frage der künftigen Mitgliedschaft der Ukraine in der Allianz.

Zunächst einige Punkte zur militärischen Lage an der Front und anhaltenden Raketenangriffen auf große Teile des Landes. Seit Beginn des Krieges wissen alle westlichen Staaten (die ja ihre eigenen Streitkräfte zur wirksamen Verteidigung ausstatten), was Streitkräfte benötigen, die in einem solchen Abwehrkrieg bestehen müssen, und sie wissen, welche Lücken in den ukrainischen Streitkräften vorhanden sind bzw. welcher Ersatz für Verluste benötigt wird.

Dennoch war und bleibt es ein mühsames politisches Ringen um jedes Waffensystem und einige, wie Kampfflugzeuge oder Hubschrauber, werden kaum in den kommenden Monaten vor Ort eintreffen. Gleichzeitig wird die Ukraine zu einer Gegenoffensive mit so begrenzten Mitteln veranlasst, weil man hofft, wenigstens so viele Gebiete zu befreien, damit man die Ukraine dann drängen kann, Verhandlungen mit Russland zuzustimmen. Meist sind aber diejenigen, die für rasche Verhandlungen eintreten, nicht bereit, endlich diese Streitkräfte auszustatten. Es ist doch paradox, wenn der Nato-Generalsekretär sagen muss, dass man die Ukraine künftig so stark und umfassend ausstatten muss, dass sie selbstständig erfolgreich abschrecken und sich ggf. verteidigen kann, wenn man gleichzeitig den jetzigen Kampf ums Überleben so begrenzt und zögerlich unterstützt, dass die Ukraine das für die Zukunft Vorgesehene nur schwerlich erreichen kann.

Diese missliche Lage wird durch die Aussagen des ukrainischen Oberbefehlshabers und des amerikanischen CJCS sehr plakativ unterstrichen. Im Interview mit der *Washington Post* weist General Walerij Saluschnyj darauf hin, dass keine NATO-Staaten in seiner Lage eine Gegenoffensive ohne Luftüberlegenheit ausführen würden, während von ihm erwartet wird, ohne die dafür notwendige Ausstattung anzutreten.

Dieser Bedarf von Kampffjets und Hubschraubern war seit Beginn des Krieges offensichtlich, wurde aber aufgrund politischer Selbstabschreckung vor Eskalation im Westen erst in diesem Frühjahr auf einen immer noch längeren Weg gebracht. Bei dieser Lage ist der General „angepisst“, wenn gleichzeitig von den Fernsehschirmen und Kommentaren über die so langsamen Fortschritte seiner Gegenoffensive laute Kritik geübt und Erfolge bezweifelt werden.

Das zweite Element, das der General dringend braucht, sind – neben wesentlich mehr Munition an der Front – die weitreichenden Waffen wie ATACMS der USA und TAURUS aus Deutschland. Diese können den Kampf in die Tiefe tragen und die Logistikzentren, Munitionsdepots, Gefechtsstände und Kommandozentralen auf der Krim und entlang des Asowschen Meeres oder die Abschussrampen der Schwarzmeerflotte zerstören oder lähmen.

Erst und nur dann wird eine breiter angelegte Bodenoffensive auf abnehmende russische Gegenwehr stoßen. Dass die Briten jetzt mit ihrer „Storm Shadow“ vorgehen und die US-Administration erst durch den Streitkräfteausschuss im Repräsentantenhaus dazu aufgefordert werden muss, unterstreicht in zwei Schlüsselberei-



chen, dass der Westen seinen politischen Zweck über die letzten 16 Monate unzureichend mit Mitteln bestückt und so zu einer (vielleicht vermeidbaren) Ausdehnung und Verlängerung des ukrainischen Abwehrkampfes beigetragen hat. Wer ein schnelles Ende des Krieges gegen die Ukraine und die internationale Ordnung wollte und will, sollte endlich das „so-lange-wie nötig“ durch „alles-was-nötig“ ist, ergänzen. Und die Ausschaltung russischer militärischer Strukturen auf der Krim ist dafür zwingende Voraussetzung.

In wenigen Tagen treffen sich Präsidenten und Regierungschefs der Allianz in Vilnius zu ihrem NATO-Gipfel. Schon der Ort unterstreicht, worum es geht. Zum einen werden entscheidende Maßnahmen zur Verbesserung von Abschreckung und Verteidigung der NATO-Staaten, insbesondere gegen ein aggressives Russland gebilligt und vorangebracht werden. Zum anderen geht es um die künftige Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO. Alle sagen, die Ukraine wird Mitglied in der NATO; alle sagen, die Ukraine ist Teil der europäischen Familie. Aber es gibt einen heftigen Streit und Uneinigkeit über die Schritte, die jetzt möglich sind.

Die erste Feststellung ist, ein Land im Kriege kann nicht Mitglied werden; die zweite, dass ein Land mit offenen territorialen Fragen nicht einmal eingeladen, geschweige denn, aufgenommen werden kann, und die dritte, dass die NATO weitere Kriterien festgelegt hat, die auch erst zu erfüllen sind.

Der Ukraine signalisiert das nur, dass man das Land absehbar nicht gemeinsam verteidigen will und wird. Was ist das für ein Signal an ein Land, das so brutal leidet und so tapfer um sein Überleben kämpft. Die Ukraine hat das enttäuscht und zerknirscht aufgenommen, aber kann es kaum fassen. Denn auch bei der Diskussion über andere Sicherheitsgarantien wird pharisäerhaft mit Optionen jongliert und gestritten. Beide Sachverhalte lassen erkennen, dass der mangelnde Wille, sich energisch für die (kollektive) Selbstverteidigung der Ukraine einzusetzen, mit dem Hinweis auf bestehende Kriterien für den Beitritt verdeckt wird.

Bisher finden sich keine Staaten, die sich unter der klaren Regel zusammenfinden: „Wir verteidigen die Ukraine“. Dabei ist interessant, dass Präsident Biden zurzeit eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine hinausschiebt, aber in Richtung China inzwischen wiederholt festgestellt hat: „We will defend Taiwan“. Ein solche Aussage der 31(32) NATO-Staaten ist – unabhängig vom Washingtoner Vertrag – übrigens ohne weitere völkerrechtliche Schritte bereits unter Art. 51 der VN-Charta möglich und m.E. aufgrund des anhaltenden brutalen Angriffs Russlands auch unter R2P längst geboten.

Nur eine frühe Einladung der Ukraine in die NATO oder ein klares Bekenntnis zu aktiver Verteidigung im Rahmen kollektiver Selbstverteidigung werden die „intra war deterrence“ gegenüber Russland verstärken. Denn so lange das unsägliche Argument, dass ein Land im Überlebenskampf – auch für unsere westliche Gemeinschaft – nicht als Mitglied der NATO eingeladen werden kann, wird Putin in jedem Fall den totalen Krieg gegen dieses große Land und seine Menschen möglichst lange fortsetzen.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.



Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter <http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/>



Dr. Klaus Olshausen